

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Präsidentin der Bürgerschaft

27.10.2014

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 3. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 27. Oktober 2014

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 22:00 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

anwesend

Herr Ibrahim Al-Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Petra Dörwald
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Dr. Frauke Fassbinder
Herr Dr. Stefan Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Luisa Heide
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Wolfgang Jochens
Herr Prof. Dr. Wolfgang Joecks
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Franz-Robert Liskow
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Frau Dr. Antje Steveling
Frau Mechthild Thonack
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Herr Ingo Ziola

entschuldigt

Herr Torsten Hoebel
Herr Egbert Liskow

Verwaltung

Herr Dr. Arthur König
Herr Jörg Hochheim
Herr Ulf Dembski

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 15.09.2014
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion "Menschen mit Handicap"
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2015/2016
Dez. 1, Amt 20
- 6.2. Besetzung der Ortsteilvertretung Riems
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.3. Besetzung der OTV Riems
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.4. Stellvertreter für OTV SWI/Südstadt
ZG Fraktion Die Linke/Alternative Liste
- 6.5. Besetzung der OTV Eldena
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.6. Besetzung der OTV Innenstadt
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.7. Besetzung der OTV Ostseeviertel
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.8. Besetzung des Rechnungsprüfungsausschusses
Die Linke
- 6.9. Besetzung des RPA
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.10. Besetzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.11. Besetzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.12. Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligung
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.13. Besetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.14. Umbesetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.15. Besetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.16. Besetzung des Hauptausschusses
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP

- 6.17. Wahl der Stellvertreter der Vertreter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vorpommern
Birgit Socher
- 6.18. Entsendung eines Delegierten in den Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern
Birgit Socher
- 6.18.1. WVG-Aufsichtsrat
SPD-Fraktion
- 6.19. Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Wahlvorstände bei Wahlen
Oberbürgermeister
- 6.20. Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten
Dez. I , Amt 10
- 6.21. Jahresabschluss 2013 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
- 6.22. Nachtragswirtschaftsplan 2014 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
- 6.23. Beantragung von Fördermitteln für die Umsetzung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“ (ehemals Bio- und PlasmaTechnikum)
Dez. I , Amt 20
- 6.24. 3. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung der Hundesteuer vom 07.12.1999
Dez. I , Amt 20
- 6.25. 11. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2015 bis 2017 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2015 bis 2017)
Dez. II , Amt 66
- 6.26. Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft (Sportstättengebührensatzung)
Dez. III, Amt 40
- 6.27. 2. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates
Dez. III, Amt 40
- 6.28. Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)
Dez. II , Amt 23
- 6.28.1. Beschlussvorlage "Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule Erwin Fischer", hier: Änderungsantrag bezüglich der Darstellung von Lebenszykluskosten und DGNB-Siegel in Silber
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.29. Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“: Antrag für die St. Marienkirche Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 6.30. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Prüfung des Anspruchs auf die Übernahme des Teilnahmebeitrages für die kommunalen Kindertageseinrichtungen
Dez. III, Amt 40
- 6.31. Annahme einer Spende der TARGOBANK für die Initiative für sozialpädagogische und sozialkulturelle Arbeit e.V. / Schönwalder Begegnungszentrum
Dez. III, Amt 40
- 6.32. Annahme eines Geldbetrages aus der Auflösung des „Bürgerverein der Universitäts- und Hansestadt Greifswald e.V.“
Dez. III, Amt 40
- 6.33. Umbenennung der Straße „An den Gewächshäusern“ in „Zum Elisenpark“
Dez. III, Amt 41
- 6.34. Parkraumbewirtschaftung
SPD-Fraktion
- 6.35. Prüfauftrag - Heinrich-Heine-Straße
CDU-Fraktion

- 6.36. Prüfauftrag zur Sondernutzung des Deichverteidigungsweges in Wieck
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
- 6.37. Grundsätze der zukünftigen Arbeit der AG KUS
B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KfV/Piraten
- 6.38. Grundsätze der zukünftigen Arbeit der AG "Barrierefreie Stadt"
B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KfV/Piraten
- 6.39. Erweiterung Ratsinformationssystem
CDU-Fraktion
- 6.40. Vorbereitung einer Beschlussvorlage zur Einbringung der Kita-Immobilien in die WVG oder den Kita-Eigenbetrieb
Fraktionen Die Linke, SPD, B90/Die Grünen, KfV/Piraten
- 6.41. Resolution zu TTIP, CETA und TiSA
Bündnis 90 / Die Grünen
- 6.42. Einforderung des Gesamtgutachtens zur Neuordnung der Theater- und Orchesterstruktur in MV
Dr. Ulrich Rose
- 6.43. Bildungsproteste am 03.November 2014 in Greifswald
Erik von Malottki, Dr. Frauke Fassbinder, Ulrike Berger
- 6.44. Programmanmeldung 2015 für das städtebaulich bedeutsame Einzelvorhaben Johann-Sebastian-Bach-Straße 27
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 6.45. Einrichtung eines Willkommenszentrums für Flüchtlinge
Dr. Ulrich Rose
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen des Präsidenten
10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit, sowie die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Socher fragt nach Anträgen zur bestehenden Tagesordnung.

Diskussion:

Herr Dr. Kerath beantragt,

. die Tischvorlage „WVG-Aufsichtsrat“ in die Tagesordnung aufzunehmen und begründet deren Dringlichkeit.

. die Beschlussvorlage „Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)" nach TOP 6.18 einzuordnen.

Herr Krüger beantragt, die TOPs 6.21 und 6.22 in die Fachausschüsse zurück zu verweisen, da sie weder im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur noch im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend behandelt worden seien.

Herr Dr. Rose beantragt, seine Tischvorlage „Einrichtung eines Willkommenszentrums für Flüchtlinge“ auf die Tagesordnung zu setzen und begründet die Dringlichkeit.

Herr Hochheim beantragt, die Tischvorlage „Programm Anmeldung 2015 für das städtebaulich bedeutsame Einzelvorhaben Johann-Sebastian-Bach-Straße 27“ auf die Tagesordnung zu setzen und begründet die Dringlichkeit.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über die Einordnung der Tischvorlage von Herrn Dr. Kerath abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Die Präsidentin der Bürgerschaft ordnet die Tischvorlage unter dem TOP 6.18.1 ein.

Frau Socher lässt über die Einordnung der Tischvorlage der Verwaltung in die Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Socher ordnet die Tischvorlage unter TOP 6.44 ein.

Die Präsidentin der Bürgerschaft lässt über den Antrag von Herrn Dr. Rose abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	28	0	einige

Diese Tischvorlage wird unter TOP 6.45 eingeordnet.

Frau Socher lässt über das Vorziehen der Beschlussvorlage „Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)“ nach Tagesordnungspunkt 6.18.1 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

Die Präsidentin der Bürgerschaft bittet die Verwaltung dazu Stellung zu nehmen, warum die Beschlussvorlagen der TOPs 6.21 („Jahresabschluss 2013 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)“) und 6.22 („Nachtragswirtschaftsplan 2014 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)“) nicht verwiesen werden können.

Herr Dr. König weist daraufhin, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen, sowie der Hauptausschuss, die beiden für Beteiligungen zuständigen Ausschüsse seien.

Frau Dr. Schwenke erklärt, dass in den Ausschüssen darum gebeten worden sei, zumindest eine Information darüber zu erhalten. Dies sei nicht erfolgt. Daher bittet sie, dem Antrag Folge zu leisten.

Frau Socher lässt über die Verweisung der Beschlussvorlagen abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	16	15	

Die Mehrheit wurde nicht erreicht, damit werden die Beschlussvorlagen nicht verwiesen

Herr Multauf regt an, die Entscheidung zu überprüfen, ob eine qualifizierte Mehrheit nötig ist.

Frau Heinrich beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE, die Beschlussvorlage „11. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2015 bis 2017 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2015 bis 2017)“ in die Ausschüsse zurück zu verweisen und begründet dies.

Frau Socher bittet die Verwaltung, um eine Begründung, weshalb die Beschlussvorlage nicht verwiesen werden könne.

Herr Hochheim erklärt, dass man festgelegt habe, dass Beschlussvorlagen, die die ganze Stadt betreffen, nicht alle Ortsteilvertretungen durchlaufen müssen.

Herr Multhauf weist daraufhin, dass Friedrichshagen und Riems mit zusätzlichen Regelungen bedacht worden seien. Außerdem möchte er nicht, dass die Bewohner der Ortsteile diese Veränderungen erst durch einen Beschluss der Bürgerschaft erfahren, sondern schon vorher darüber in Kenntnis gesetzt worden seien.

Frau Socher lässt über die Verweisung der Beschlussvorlage in die Ortsteilvertretungen abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	10	mehrheitlich	4

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Herr Dr. Fassbinder beantragt, die Beschlussvorlagen „Wahl der Stellvertreter der Vertreter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vorpommern“ und „Entsendung eines Delegierten in den Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern“ von der Tagesordnung zu verweisen, da die Namen noch nicht bekannt seien.

Frau Socher lässt über die Verweisung der Beschlussvorlagen von der Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen 5	Nein-Stimmen mehrheitlich	Enthaltungen einige
----------	-----------------	------------------------------	------------------------

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Herr Multhauf erinnert an seine Bitte, vor der Bürgerschaftssitzung einen Bericht über den Stand der Erfüllung der Beschlüsse der Bürgerschaft zu übermitteln.

Frau Socher erklärt, dass diesbezüglich die Hauptsatzung noch geändert werde.

Herr Dr. König sagt, dass ihm viel an einer zeitnahen, korrekten und umfassenden Information gelegen habe.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 5
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 15.09.2014

Die Präsidentin der Bürgerschaft erklärt, dass ihr keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vorlägen.

Herr Multhauf bittet um Veränderung seines Zitates auf Seite 29, TOP 4.33 von „Stettin“ zu „Szczecin“.

Frau Socher lässt über die veränderte Niederschrift vom 15.09.2014 abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Socher fragt, ob es Wortmeldungen gebe.

Diskussion:

Herr Jan-Ole Schulz von der Initiative „Brinke 16/17 erhalten“ bringt einen Redebeitrag zum Thema „Brinke 16/17“ ein. Dieser ist im Anhang zu finden.

Frau Sabrina Rilke, Bürgerin in Greifswald, gehört der Altstadtinitiative an und möchte zur Brinkstraße 16/17 Stellung nehmen. Aus ihrer Sicht habe die Brinke 16/17 Denkmalwert. Das Haus sei so erhalten wor-

den, wie es damals erbaut worden sei.

Sprecherin und Sprecher der Initiative „Willkommen in Greifswald“, **Daniel Eckhardt und Jessica Barth** leisten einen Redebeitrag zum Thema „Willkommenszentrum für Flüchtlinge“. Herr Eckhardt nennt einige Zahlen zum Thema Flüchtlinge in Greifswald und im Umfeld.

Fragen und Anregungen dazu:

1. Was ist Inhalt der Gespräche zwischen Stadt und Kreis zur Aufnahme der Flüchtlinge in Greifswald? Geht es um zentrale oder dezentrale Unterbringung? Wie viele Flüchtlinge will Greifswald in absehbarer Zeit aufnehmen? Wo und in welchen Wohnungen sollen diese Flüchtlinge untergebracht werden?
2. Wie viele freie Wohnungen hat Greifswald? Hat die Stadtverwaltung einen Überblick über freie Wohnungen der WVG mbH, der WGG eG und/oder privaten Vermieterinnen/Vermieter?
3. Wie könnten Wohngemeinschaften oder private Vermieterinnen oder Vermieter gezielt für die Aufnahme von Flüchtlingen gewonnen werden?
4. Sie bitten, um eine zentrale Unterbringung und darum, deren Wünsche zu berücksichtigen.
5. Die zentrale Unterbringung sollte tatsächlich zentral sein und die Teilnahme an der Gesellschaft und am städtischen und kulturellen Leben sollte gewährleistet sein. Das Angebot des Eigentümers der KAW-Hallen sollte wohlwollend geprüft werden.
6. Bei baulichen Maßnahmen sollten abgeschlossene Wohnungen in unterschiedlicher Größe zur Einhaltung der Privatsphäre selbstverständlich sein.
7. Es sollte ein Willkommenszentrum geben. Die Begleitung und Beratung von Flüchtlingen würde besser organisiert werden können. Die Dompassage und die Räumlichkeiten der SchWalBe bieten sich hierfür an.
8. Es muss eine umfassende und rechtzeitige Bürger/innenaufklärung in Einwohnerversammlungen geben.
9. Sie regen die Einsetzung eines Flüchtlingsbeirates an, der mit entsprechenden und klarformulierten Befugnissen und Mitspracherechten ausgestattet werden sollte.

Herr Dr. König erklärt, dass

- . die Stadt mit dem Landkreis und dem Bundesland in Verhandlungen sei.
- . die Stadt Greifswald solidarisch zu den anderen Gemeinden sei. Jedoch habe Greifswald eine andere Situation als manch andere Kommune. Beispielsweise stehen dort Gebäude oder Gebäudekomplexe leer, wodurch eine zentrale Unterbringung erleichtert werde. Der Leerstand in der Hansestadt Greifswald liege bei zwei Prozent.
- . die Stadt eher eine dezentrale Unterbringung favorisiere.

Frau Socher schlägt vor, dass die Fragen an die Vorsitzende des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend weitergegeben werden.

Frau Kathrin Hinrich leistet einen Redebeitrag zum Thema „Wohngemeinschaft in der Brinke 16/17“. Sie geht auf die Wohnverhältnisse und die sozialen Bedingungen in diesem Haus ein.

Herr Hochschild betont, dass die Brinke 16/17 kein Denkmal sei und sich im Privatbesitz befände. Der Privateigentümer hätte eine Abrissgenehmigung und eine Baugenehmigung und die Hausbesetzung strafrechtlich relevant. Daher sei der Vorschlag eines runden Tisches abgelehnt worden. Die Baderstraße 2 sei im Gegensatz zur Brinkstraße 16/17 ein Denkmal.

Herr von Malottki erklärt, dass die Brinkstraße für ihn ein Symbol für die Probleme der Stadt und gleichzeitig ein Appell an die Bürgerschaft sei, die Probleme zu lösen. Es bestehe zu wenig bezahlbarer Wohn- und Gewerberaum und der Wunsch nach einem Stadtteiltreff. Herr von Malottki appelliert dafür, gemeinsam eine Lösung zu finden.

TOP 5. Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion "Menschen mit Handicap"

Frau Socher bittet Herrn Hochschild in diesen Tagesordnungspunkt einzuführen.

Herr Hochschild dankt dem Behindertenforum für die Möglichkeit selbst ausprobieren zu können, wie es sei, mit einem Handicap das Rathaus zu betreten. Er fasst kurz den bisherigen Weg bezüglich dieses Themas zusammen. Er geht auf die Schwierigkeiten eines Menschen mit Handicap ein.

Frau Socher lässt über den Antrag auf Rederecht für Frau Baller und Frau Kindt abstimmen.

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

Frau Kindt und **Frau Baller** halten eine Präsentation. Diese ist dem Protokoll im Anhang beigefügt.

Frau Socher bedankt sich und bittet um die Redebeiträge.

Diskussion:

Frau Dr. Schwenke bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die aktuelle Stunde zu diesem Thema. Seit Jahren setze sich die Greifswalder Bürgerschaft für eine Barrierefreie Stadt ein. Barrierefrei beziehe sich auf weit mehr, als nur auf Menschen mit Handicap. Sie spricht die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Gebärdendolmetscher, Hörhilfen und Inklusion an. Im Namen ihres Ausschusses und ihrer Fraktion unterstütze sie dieses Vorhaben und freue sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Herr Dr. Bittner erinnert sich an den ersten Beschluss zum Thema „Barrierefreie Stadt“ und die darauffolgenden Schritte. Weiterhin spricht er sich für eine Barrierefreie Stadt aus.

Herr Dr. Kerath

- . macht darauf aufmerksam, dass dieses Thema auf aktuelles Interesse stoße und es zeitlos sei.
- . betont die Wichtigkeit der Erhaltung und Förderung der bestehenden Strukturen zur Selbsthilfe für Menschen mit Handicap.
- . wünscht sich die Erstellung eines Aktionsplanes unter Beteiligung aller Gremien, Verbände und den betroffenen Menschen mit Behinderungen, um einen Fahrplan zur Umsetzung zu erarbeiten.

Herr Dr. Kasbohm stellt für sich drei Ergebnisse fest:

1. Der Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend sei das Leitinstrument für die AG „Barrierefreie Stadt“, aber auch der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung müsse mehr darauf achten.
2. Er wünscht sich mehr Öffentlichkeitsarbeit.
3. Herr Dr. Kasbohm stellt sich einen jährlichen, persönlichen Bericht vor.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen**TOP 6.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2015/2016 (1. Lesung)**

06/158

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Haushaltssatzung 2015/2016 sowie den Plan für den Doppelhaushalt 2015/2016.

Frau Socher ruft die Beschlussvorlage auf und gibt das Wort an Herrn Dr. König.

Der Oberbürgermeister

- . eröffnet die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2015/2016.
- . gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von 1989 bis jetzt.
- . geht auf die Visionen und Pläne für die nächsten Jahre ein und zählt die großen Investitionen in nächster Zeit auf.
- . betont die Wichtigkeit des Zentrums für Life, Science und Plasmatechnologie.
- . verweist auf die Risiken der Kostenausgaben.
- . erklärt das Ziel des Doppelhaushaltes: u. a. die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes, Abarbeitung des Investitionsprogramm und das Erledigen der Rückstände bei der Erstellung der Jahresabschlüsse.
- . hofft auf gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen.

Herr Wille

- . informiert über den zur Verfügung stehenden Rahmen und über den Vorschlag der Verwaltung, wie sie sich die Gestaltung der Zukunft auf Grundlage der aktuellen Finanzlage, der geltenden Gesetze und der bisherigen Stadtpolitik vorstelle.
 - . stellt eine PowerPoint - Präsentation vor, die dem Protokoll beigefügt wird.
- Bedeutung für den Handlungsspielraum in den kommenden Haushaltsberatungen:
1. Es gebe momentan keine Spielräume, um das Aufgaben- und Leistungsspektrum der Stadt auszuweiten ohne gleichzeitig vollständige Deckungsmöglichkeiten zu beschließen.
 2. Das Investitionsprogramm, mit fast 36 Millionen Euro neuen Kreditaufnahmen bis 2018, führe die Stadt an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Die Umsetzung und die Genehmigung seien nur dann zu erwarten, wenn die Linie des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes nicht verlassen werde.
 3. Die Haushaltslage der Stadt bleibe damit anfällig gegen unerwartete Ereignisse oder Einflüsse von außen, Konjunkturreinbrüche, Kostensteigerungen bei bestimmten Aufgaben oder unerwarteten Zahlungsverpflichtungen.
- . sagt, dass im Jahr 2012 die Doppik eingeführt worden sei und es immer noch keine endgültigen Jahresabschlüsse gebe.
 - . nennt die Hebesätze und wichtige Zahlen aus der Haushaltssatzung.
 - . erklärt die Struktur der Erträge (insbesondere die Steuern) und der Aufwendungen.
 - . bedankt sich bei den Mitarbeitern am Doppelhaushalt und bei seinen Kollegen.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm geht auf die Erwartungen der Fraktionen und Steuerungsinstrumente ein. Er zählt einige Möglichkeiten auf, Einsparungen zu treffen. Außerdem möchte er, dass verhindert werde, dass Geld abfließe.

Herr Multhauf macht zwei Anmerkungen:

1. Es sei wichtig für ihn, dass die Bürger den Haushalt nachvollziehen können.
2. In den vergangenen Jahren sei nur für ein Jahr ein Haushalt beschlossen

worden und es habe zwei Stufen gegeben. Die erste Stufe sei gewesen, dass sich die Mitglieder der Bürgerschaft mit Vorlagen beschäftigen konnten.

Herr Burmeister möchte der Verwaltung für das Vorgehen danken, dass mit dem Haushalt im Oktober begonnen werde, er im Dezember beschlossen werde und im Mai ein geordneter Haushalt bestehe.

TOP 6.2. Besetzung der Ortsteilvertretung Riems

*06/125 Die Bürgerschaft wählt Gregor Bredenbeck, für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die Ortsteilvertretung Riems.
B55-03/14*

Frau Socher ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf bittet um Angabe des Wohnorts und der Partei der zu wählenden Personen.

Herr Dr. Meyer erklärt, dass Herr Bredenbeck parteilos sei, bereits viele Jahre in dieser Ortsteilvertretung mitgearbeitet habe und auf Riems wohne.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.3. Besetzung der OTV Riems

*06/152 Die Bürgerschaft wählt Ludwig Spring, als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürger-
B56-03/14 liste Greifswald – FDP, in die OTV Riems.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.4. Stellvertreter für OTV SWI/Südstadt

*06/150 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
B57-03/14 Herr Hartmut Seidlein wird Stellvertreter für ZG DIE LINKE / AL in der Ortsteilvertretung
SWI/Südstadt.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Prof. Dr. Hardtke beantragt die Beschlussvorlage zu ergänzen.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

A

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Herr Hartmut Seidlein wird Stellvertreter für ZG DIE LINKE / AL in der Ortsteilvertretung*

SWI/Südstadt.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

B

*Herr Jörg Neubert (Mitglied der Ortsteilvertretung) und Herr Jens Feißel (stellvertretendes Mitglied der Ortsteilvertretung), Fraktion KfV/Piratenpartei, werden abberufen.
Frau Petra Dörwald, Fraktion KfV/Piratenpartei, wird als Mitglied der Ortsteilvertretung gewählt.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	3

TOP 6.5. Besetzung der OTV Eldena

*06/153 Die Bürgerschaft wählt Werner Adrian, als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die OTV Eldena.
B58-03/14*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.6. Besetzung der OTV Innenstadt

*06/155 Die Bürgerschaft wählt Sylvio Maas und Stephan Gielow, als stellvertretende Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die OTV Innenstadt.
B59-03/14*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Multhauf bittet um Angabe des Wohnortes.

Herr Dr. Meyer versichert, dass beide in der Innenstadt wohnen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.7. Besetzung der OTV Ostseevierviertel

*06/156 Die Bürgerschaft wählt Ludwig Spring, als stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in die OTV Ostseevierviertel.
B60-03/14*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.8. Besetzung des Rechnungsprüfungsausschusses

06/126 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
B61-03/14

Frau Dr. Mignon Schwenke wird 3. Stellvertreterin für DIE LINKE. im Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.9. Besetzung des RPA

06/154 Die Bürgerschaft wählt Thomas Meyer und Torsten Hoebel, als stellvertretende Mitglieder für
B62-03/14 die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.10. Besetzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung

06/135 Die Bürgerschaft wählt folgende stellvertretende Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste
B63-03/14 Greifswald - FDP in den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung:

- Gerhard Meyersick,
- Dr. Bert Krames
- Benedikt Eisele

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.11. Besetzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft

06/136 Die Bürgerschaft wählt folgende stellvertretende Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste
B64-03/14 Greifswald - FDP in den Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft:

- Ludwig Spring
- Freia Steinmetz
- Angela Leddin

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.12. Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

*06/137 Die Bürgerschaft wählt folgende stellvertretende Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste
B65-03/14 Greifswald - FDP in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen:*

- Stefan Schuppa
- David Wulff
- Stephan Gielow

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.13. Besetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend

*06/138 Die Bürgerschaft wählt folgende stellvertretender Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste
B66-03/14 Greifswald - FDP in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend:*

- Burghardt Siperko
- Sylvio Maaß
- Torsten Lange

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.14. Umbesetzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend

*06/139 Die Bürgerschaft wählt Gamal Khalil als Mitglied für die Fraktion Bürgerliste Greifswald -
B67-03/14 FDP in den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und ersetzt damit das bisherige Mit-
glied Burghardt Siperko.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.15. Besetzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Kultur

*06/141 Die Bürgerschaft wählt folgende stellvertretender Mitglieder für die Fraktion Bürgerliste
B68-03/14 Greifswald - FDP in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur:*

- Ekkehard Brunstein
- Dr. Jan Terock
- Moritz Harrer

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.16. Besetzung des Hauptausschusses

06/151 Die Bürgerschaft wählt André Bleckmann und Ludwig Spring, als stellvertretende Mitglieder
B69-03/14 für die Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP, in den Hauptausschuss.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.17. Wahl der Stellvertreter der Vertreter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vorpommern

06/145
B70-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt folgende Stellvertreter der Vertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Vorpommern:

ZG CDU/AfD	- Herr Thomas Mundt
Fraktion KfV/Piratenpartei	- Herr Martin Banduch

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Dr Bittner fragt nach dem Einbringer.

Frau Socher lässt sich als Einbringer eintragen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 4
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.18. Entsendung eines Delegierten in den Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern

06/146
B71-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald entsendet Herrn Dietger Wille als Delegierten in den Landesausschuss des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Als Einbringer wird Frau Birgit Socher ergänzt.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.18.1. WVG-Aufsichtsrat

06/173 Die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald benennt
B72-03/14 folgende Personen für den Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft
mbH:

Herrn Ulf Dembski
Herrn Martin Hackbarth

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	2

TOP 6.18.2. Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule "Erwin Fischer" (IGS)

06/99 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
B73-03/14

1. Die Planung des Ersatzneubaus der Fischer-Schule und die Sanierung der vorhandenen Schulsporthalle am bisherigen Standort in der Einsteinstraße.
2. Der Neubau der Schule soll vierzünftig erfolgen und eine inklusive Beschulung, als vom Land gefördertes Modellprojekt, gewährleisten. Durch die Verwaltung ist in Abstimmung mit dem noch zu beauftragenden Planungsbüro unter Einbeziehung der Schulleitung ein Raumprogramm unter Beachtung der inklusiven Beschulung aber auch moderner Bildungsaspekte zu erarbeiten, das vom Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft zu genehmigen ist.
3. Zur Einwerbung von Fördermitteln aus dem EFRE-Programm von 2014 – 2020 ist unverzüglich eine Planung bis zur Leistungsphase 3 zu erstellen. Dazu wird außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800.000 € für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellt.
4. Bis zur Förderantragsstellung sind mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald die finanziellen Auswirkungen aus dem Neubau verbindlich zu regeln.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Hochheim bringt die Beschlussvorlage ein.

Es werde eine Planung auf den Weg gebracht, die für die Förderung aus dem EFRE-Programm benötigt werde. Abstimmungen mit dem Kultusministerium seien gelaufen und das Vorhaben, Schüler mit verschiedenen Handicaps zu beschulen, werde begrüßt. Der Träger der Schulentwicklungsplanung (der Landkreis) werde die

Zustimmung ebenfalls gern geben. Es ist noch nicht sicher, ob es bei der 75-prozentigen Förderung bleibe. Nach Antragseinreichung solle im Mai eine Bestätigung erfolgen im Rahmen einer von der Verwaltung vorzulegenden Konzeption. Im Oktober 2015 werde man Klarheit haben, ob die Baumaßnahme umgesetzt werden könne.

Er ergänzt bei Punkt 2 den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung.

Frau Socher lässt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einbringen.

TOP 6.18.3. Beschlussvorlage "Bauliche Aufwertung Schulstandort Integrierte Gesamtschule Erwin Fischer", hier: Änderungsantrag bezüglich der Darstellung von Lebenszykluskosten und DGNB-Siegel in Silber
06/157

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Hinter Pkt. 2 wird folgender Pkt. 3 eingeschoben:

3. Greifswald verfolgt hinsichtlich der Nachhaltigkeit seiner Gebäude hohe Ziele. Die Lebenszykluskosten der Gebäude stellen eine wichtige Entscheidungsgrundlage dar und sind bei den Planungen ausführlich darzustellen. Passivhausstandard sowie das Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) werden angestrebt. Von einer Zertifizierung kann abgesehen werden.

Der jetzige Pkt. 3 der Vorlage wird zu Pkt. 4, der jetzige Pkt. 4 wird zu Pkt. 5. Entsprechend ist die Sachdarstellung der neuen Nummerierung anzupassen.

Herr Dr. Bittner stellt den Änderungsantrag zur Beschlussvorlage vor.

Diskussion:

Herr Hochheim befürwortet den Verzicht auf die Zertifizierung.

Herr Hochschild erklärt, dass die CDU-Fraktion diesem Änderungsantrag noch nicht zustimmen könne, da die vollständige Dokumentation der Käthe-Kollwitz-Grundschule noch nicht vorläge.

Herr Lange möchte wissen, wie viel es mit und ohne der Anpassung an die Passivhausstandards kosten würde. Daher schlägt er vor, Punkt 3 mit folgendem Satz zu ergänzen:

„Unterschiede der Kosten zwischen Bau und Betrieb zwischen Passivhausstandard und Standards nach ENEC gültig ab 01.01.2016 sollen zur Entscheidungsfindung dargestellt werden.“

Herr Krüger teilt den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Kremer betont den erheblichen Planungsaufwand, der durch die Aufstellung eines Variantenplans, in dem die unterschiedlichen Kosten dargestellt werden, entstehe. Er schlägt vor, einzufügen, dass sich der Passivhausstandard im Lebenszykluslauf als wirtschaftlich herausstellen müsse.

Herr Dr. Bittner sagt, dass es um finanzielle Nachhaltigkeit gehe. Er kann damit mitgehen, wenn Herr Kremer im Vorfeld eine Planung für beide Varianten mache, ob sich der Passivhausstandard lohne oder nicht.

Herr Kremer erklärt, dass es keine Planung für beide Varianten im Vorfeld geben solle. Sondern es solle mit dem Passivhausstandard gerechnet werden und dann das Verhalten der Betriebskosten beobachtet werden. Es müsse eine Lebenszykluskostenrechnung gemacht werden und davon abhängig könne man eine Entscheidung treffen.

Herr Hochschild sagt, dass sich die CDU-Fraktion mit der Änderung von Herrn Lange und der SPD-Fraktion anfreunden könne.

Herr Hochheim erklärt, dass das Gütesiegel angestrebt werden könne, ohne die Zertifizierung zu bezwecken.

Frau Socher lässt über den geänderten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Hinter Pkt. 2 wird folgender Pkt. 3 eingeschoben:

3. Greifswald verfolgt hinsichtlich der Nachhaltigkeit seiner Gebäude hohe Ziele. Die Lebenszykluskosten der Gebäude stellen eine wichtige Entscheidungsgrundlage dar und sind bei den Planungen ausführlich darzustellen. Unterschiede der Kosten zwischen Bau und Betrieb zwischen Passivhausstandard und Standards nach ENEC gültig ab 01.01.2016 sollen zur Entscheidungsfindung dargestellt werden. Das Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) wird angestrebt. Von einer Zertifizierung kann abgesehen werden.

Der jetzige Pkt. 3 der Vorlage wird zu Pkt. 4, der jetzige Pkt. 4 wird zu Pkt. 5. Entsprechend ist die Sachdarstellung der neuen Nummerierung anzupassen.

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	11	3

Herr Multhau bedankt sich, dass es mit der Integrierten Gesamtschule „Erwin-Fischer“ endlich vorwärts gehe. Er bittet um Ergänzung der Beschlusskontrolle.

Herr Hochheim erklärt, dass im Mai das Konzept zur Beschlussfassung eingereicht werden müsse. Im Oktober werde über das vorgelegte Konzept und die Baumaßnahmen entschieden. Mit dem Landkreis müsse über die Finanzierungsvereinbarung geredet werden. Eine Grundsteinlegung in 2016 sei jedoch möglich. Die Beschlusskontrolle könne dann erfolgen, wenn das Wirtschaftsministerium die Sache in dem Umfang fördere, wie es geplant sei und der Landkreis der Finanzierungsvereinbarung zustimme. In der Sitzung der Bürgerschaft im Dezember nächsten Jahres solle die Beschlusskontrolle möglich sein.

Herr von Malotki erklärt, dass der Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft und die SPD-Fraktion den geplanten Neubau unterstützen werden, als wichtige Verbesserung für die Schüler. Er betont, dass dies eine Antwort auf drei verschiedene Herausforderungen sei:

1. Sanierungsbedürftigkeit des Standortes
2. wachsende Zahl von Schülern in Greifswald
3. Umsetzung der Inklusion in unserem Land

Für ihn sei es wichtig, dass die Ausschüsse am Raumplan beteiligt werden.

Herr Multhau bittet, dass in Zukunft der Beschlussgegenstand und der Beschlussvorschlag übereinstimmen.

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Hochheim abstimmen, dass der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung unter Punkt 2 ergänzt werde:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

2. *Die Planung des Ersatzneubaus der Fischer-Schule und die Sanierung der vorhandenen Schulsporthalle am bisherigen Standort in der Einsteinstraße.*
2. *Der Neubau der Schule soll vierzünftig erfolgen und eine inklusive Beschulung, als vom Land gefördertes Modellprojekt, gewährleisten. Durch die Verwaltung ist in Abstimmung mit dem noch zu beauftragenden Planungsbüro unter Einbeziehung der Schulleitung ein Raumprogramm unter Beachtung der inklusiven Beschulung aber auch moderner Bildungsaspekte zu erarbeiten, das vom Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft und dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung zu genehmigen ist.*
3. *Greifswald verfolgt hinsichtlich der Nachhaltigkeit seiner Gebäude hohe Ziele. Die Lebenszykluskosten der Gebäude stellen eine wichtige Entscheidungsgrundlage dar und sind bei den Planungen ausführlich darzustellen. Unterschiede der Kosten zwischen Bau und Betrieb zwischen Passivhausstandard und Standards nach ENEC gültig ab 01.01.2016 sollen zur Entscheidungsfindung dargestellt werden. Das Gütesiegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) wird angestrebt. Von einer Zertifizierung kann abgesehen werden.*
4. *Zur Einwerbung von Fördermitteln aus dem EFRE-Programm von 2014 – 2020 ist unverzüglich eine Planung bis zur Leistungsphase 3 zu erstellen. Dazu wird außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800.000 € für das Haushaltsjahr 2015 bereitgestellt.*
5. *Bis zur Förderantragsstellung sind mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald die finanziellen Auswirkungen aus dem Neubau verbindlich zu regeln.*

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

PAUSE

Frau Thonack verlässt die Sitzung.

Herr Prof Joecks übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 6.19. Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Wahlvorstände bei Wahlen

06/89
B74-03/14

Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Wahlvorstände bei Wahlen ist auf 40,00 € zu erhöhen.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.20. Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten

06/49 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Einführung von
B75-03/14 neuen Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 2
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.21. Jahresabschluss 2013 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)

06/92

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Hansestadt Greifswald (STZ) – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht wird mit

einer Bilanzsumme von	564.662,76 EUR
davon einem Eigenkapital von	493.158,77 EUR
und einem Jahresverlust von	753.830,08 EUR

festgestellt.
Der Jahresverlust 2013 des See- und Tauchsportzentrums - Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald - in Höhe von 753.830,08 EUR wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ ausgeglichen.
2. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.
3. Die Bürgerschaft nimmt die Beauftragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (Schwerin) als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2014 durch den Landesrechnungshof MV zur Kenntnis.

Herr Prof. Joecks gibt bekannt, dass die Prüfung ergab, dass für das Verweisen keine qualifizierte Mehrheit notwendig war.

Diese Beschlussvorlage wurde in die Fachausschüsse verwiesen. (siehe TOP 2).

TOP 6.22. Nachtragswirtschaftsplan 2014 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ)

06/93

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Nachtragswirtschaftsplan 2014 des See- und – Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (STZ).

Diese Beschlussvorlage wurde in die Fachausschüsse verwiesen. (siehe TOP 2).

TOP 6.23. Beantragung von Fördermitteln für die Umsetzung des Bauvorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“ (ehemals Bio- und PlasmaTechnikum)

06/115
B76-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt der Fördermittelbean-

tragung beim Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Grundlage der vorliegenden Entwurfsplanung für die Realisierung des Vorhabens „Zentrum für Life Science und Plasmatechnologie“ (ehemals Bio- und PlasmaTechnikum) zu.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und bittet um Rederecht für Herrn Pudelko von der Planungsinstitution.

Herr Pudelko bekommt Rederecht.

Herr Pudelko stellt die Inhalte und den Planungsstand des Projektes vor. Es gehe um eine Innenhofbebauung im Ensemble des Biotechnikums. Die Parkflächen werden sich unter dem Biotechnikum, bei der Zahnklinik, auf dem bestehenden Parkplatz und des bestehenden Parkplatzes an der Walther-Rathenau-Straße befinden. Es sei eine Gesamtbausumme von 27,3 Millionen Euro brutto ermittelt worden. Darüber hinaus seien 3 Millionen Euro zusätzlich für die Laborausstattung nötig.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm erklärt, dass für ihn die Frage der Auslastung noch ungeklärt sei.

Herr von Malotki sagt, dass durch die Investition neue Arbeitsplätze geschaffen und neue Unternehmensgründungen angeschoben werden können. Die SPD-Fraktion möchte einen Gründerwettbewerb auf den Weg bringen, der mit bis zu 10.000 Euro ausgestattet sein solle.

Herr Dr. Fassbinder erklärt, dass für ihn diese Entscheidung eine Frage der Standortpolitik sei. Trotz der Risiken denkt er, dass eine Wette mit guten Gewinnaussichten sei. Er spricht sich für diese Beschlussvorlage aus. Es werde heute nur über den Antrag der Fördermittel abgestimmt und wenn danach die Bedenken überwiegen, könne das Projekt noch gestoppt werden.

Herr Dr. Kerath macht deutlich, dass es für ihn noch einen weiteren Risikopunkt gebe und zwar die ungeklärte Frage der Parkplätze. Es sollen 260 Arbeitsplätze geschaffen werden, wofür Parkplätze benötigt werden. Außerdem werde Fläche, die zurzeit als Parkfläche benutzt werde, vernichtet. Es sei wichtig, dass diese Frage vorher geklärt werde.

Herr Multhauf stimmt Herrn Dr. Kerath bezüglich der Parkplatzproblematik zu. Die Bundesregierung wolle ein neues Programm erstellen und fordere die Konzerne auf, mehr zu investieren. Er fragt, weshalb die Stadt Greifswald dieses Risiko eingehen müsse und investieren müsse. Er schätzt, dass dieses Projekt mehr kosten werde, als geplant sei.

Herr Rodatos sieht das Parkraumproblem nicht und er meint, dass man daran arbeiten könne, dass die Mitarbeiter nicht unbedingt mit dem Auto fahren. Weiterhin erklärt er, dass keine Chance bestehe, solche Investitionen zusammen mit großen Investoren auf die Beine zu stellen, da sie nicht angesiedelt seien.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

mehrheitlich	1	3
--------------	---	---

TOP 6.24. 4. Änderungssatzung zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung der Hundesteuer vom 07.12.1999

06/91
B77-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende 3. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

TOP 6.25. 5. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2015 bis 2017 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2015 bis 2017)

06/100
B78-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 11. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2015 bis 2017 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2015 bis 2017)

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

TOP 6.26. Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft (Sportstättengebührensatzung)

06/96
B79-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende „Gebührensatzung für die Benutzung von Sportstätten in kommunaler Trägerschaft“.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf widerspricht der Aussage, dass der Sport keine Lobby habe.

Er stellt einige Änderungsanträge vor:

1. Es bestehe eine Differenz zwischen kommunalen und freien Schulen. Daher möchte er folgende Änderung vornehmen: Anlage 1, § 3, Gruppe A, Punkt 2 soll das Wort „kommunale“ streichen.
2. In Anlage 1, § 3, Gruppe B, Punkt 2 möchte er den Stichpunkt „Kindertagesstätten, Horte und Schule in freier Trägerschaft sowie“ streichen.
3. In Anlage 1, § 3 (7) möchte er „und in begründeten Härtefällen“ einfügen.

Weiterhin merkt er an, dass im Verzeichnis der kommunalen Sportstätten unter G 1.5 ein Kunstrasenplatz in der Max-Planck-Straße ausgewiesen werde. Dieser Kunstrasenplatz befinde sich jedoch im Kurtschatowweg.

Herr Burmeister weist darauf hin, dass sich die Finanzierungen der freien und

kommunalen Schulen in den sächlichen Ausgaben unterscheiden. Freie Schulen würden vom zuständigen Schulträger einen Schullastenausgleich gezahlt bekommen. Die öffentlichen Schulen würden nach ihrer Haushaltslage finanziert werden. Außerdem sei der Schullastenausgleich pro Kopf höher, als das, was die kommunalen Schulen pro Kopf bekommen würden.

Auch die freien Schulen würden untereinander verschieden behandelt werden. Es gebe zwei freie Schulen, die aus dem Schullastenausgleich eigene Sportstätten finanziert hätten. Diese müssten weiterhin Gebühren zahlen (Tilgung und Zinsen). Den anderen würden die Gelder geschenkt werden.

Er möchte die Änderung von Herrn Multhauf daher nicht vornehmen.

Herr Dembski erklärt, dass durch die Streichung des Wortes „kommunale“, Auswirkungen für das Haushaltssicherungskonzept entstehen würden. Dadurch müsste die Satzung auch an anderen Punkten überarbeitet werden und könne heute nicht beschlossen werden.

Herr Prof. Joecks lässt über den ersten Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
		mehrheitlich	einige

Herr Multhauf zieht den zweiten Änderungsantrag zurück.

Herr Prof. Joecks lässt über den dritten Änderungsantrag abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	8	mehrheitlich	einige

Herr Krüger bedankt sich bei den Beitragenden zur Entstehung dieser Gebührensatzung und stimmt Herrn Burmeister zu.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	2	einige

TOP 6.27. 6. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates

06/64 Die Bürgerschaft beschließt die als Anlage 1 beigefügte 2. Änderungssatzung zur Satzung des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 11.03.1997 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 06.05.2014.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.28 und TOP 6.28.1 Diese Tagesordnungspunkte wurden vorgezogen auf 6.18.2. und 6.18.3. (siehe TOP 2.)

TOP 6.29. Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“: Antrag für die St. Marienkirche Greifswald

06/124
B81-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Teilnahme am Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“. Für die Sanierung der St. Marienkirche Greifswald wurde eine Zuwendung in der Höhe von 1,9 Mio. Euro beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) beantragt. Die kommunale Ko-Finanzierung dieser beantragten Zuwendung in Höhe von 950.000 Euro erfolgt über die Kirchengemeinde St. Marien. Im Falle des positiv votierten Antrags durch die Bundesjury Ende November 2014 ist umgehend eine vertragliche Vereinbarung zwischen der UHWG und der Kirchengemeinde zur Übernahme dieser Ko-Finanzierung zu treffen.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

TOP 6.30. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zur Prüfung des Anspruchs auf die Übernahme des Teilnahmebeitrages für die kommunalen Kindertageseinrichtungen

06/94
B82-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gem. § 90 SGB VIII i.V.m. § 21 KiföG M-V und der Bedarfsprüfung gem. §§ 22, 24 SGB VIII und §§ 3 ff KiföG M-V in Verbindung mit § 167 Abs. 2 KV M-V zu.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.31. Annahme einer Spende der TARGOBANK für die Initiative für sozialpädagogische und soziokulturelle Arbeit e.V. / Schönwalder Begegnungszentrum

06/109
B83-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende der TARGOBANK in Höhe von 1.500,- Euro. Diese Spende wird auf Wunsch der TARGOBANK an die Initiative für sozialpädagogische und soziokulturelle Arbeit e.V., ansässig im Stadtteilzentrum „SchWalBe“, ausgezahlt.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.32. Annahme eines Geldbetrages aus der Auflösung des „Bürgerverein der Universitäts- und Hansestadt Greifswald e.V.“

06/133
B84-03/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme des

Vereinsvermögens des „Bürgerverein der Universitäts- und Hansestadt Greifswald e.V.“ zur Nutzung für gemeinnützige Zwecke der Jugendpflege.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.33. Umbenennung der Straße „An den Gewächshäusern“ in „Zum Eisenpark“

*06/97 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Umbenennung
B85-03/14 der Straße „An den Gewächshäusern“ in „Zum Eisenpark“.*

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Lange stellt einen Änderungsantrag: Die Straße solle „Am Eisenpark“ heißen.

Die Verwaltung macht sich diesen Vorschlag zu Eigen.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	1

TOP 6.34. Parkraumbewirtschaftung

*06/104 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürger-
B86-03/14 meister ein Konzept für die effiziente Bewirtschaftung aller in der Universitäts- und Hanse-
stadt Greifswald aufgestellten Parkscheinautomaten zu erstellen.*

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein. Das Ziel sei es die Einnahmesituation zu verbessern.

Herr Dr. Bittner merkt an, dass es ein Konzept für die Bewirtschaftung der Parkplätze und nicht ein Konzept für die Parkscheinautomaten geben müsse.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich		

TOP 6.35. Prüfauftrag - Heinrich-Heine-Straße

*06/107 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bittet den Oberbürgermeister
zu prüfen, ob beim Ausbau der Heinrich-Heine-Straße der Baukörper im Bereich der Kleingartensparte „Sonnenland“ auf eine „schmalere Ausführung“ beschränkt werden kann als bisher geplant, um damit unverhältnismäßige Einschnitte in die Sparte (Wegfall der Hecke, Wegfall von Gartenflächen oder gar Wegfall von Gartenlauben/ Spartengebäuden; Versetzen der Klärgrube) zu verhindern.*

Sollte eine solche Beschränkung nicht (mehr) möglich sein, bittet die Bürgerschaft den Oberbürgermeister darüber hinaus zu prüfen, ob und inwieweit die Kleingärtner durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald entschädigt werden können, um die oben genannten Verluste der Fläche, der baulichen Anlagen sowie das Versetzen der Klärgruben auszugleichen.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Wixforth erläutert das Problem, dass die Straße auf den Karten einfach durchgezogen worden sei, ohne zu beachten, was im Weg stehe. Im Juli habe es einen Termin gegeben, bei dem diese Linie abgesteckt worden sei. Danach sei gesagt worden, dass so wenige Kleingärten wie möglich davon beeinflusst werden sollen. Daher sei die Mittelachse der Straße etwas nach Westen verschoben worden und so werde ein Rückgriff auf die recht nah an der Straße stehenden Gebäude vermieden.

Die CDU-Fraktion zieht den Prüfauftrag zurück.

TOP 6.36. Prüfauftrag zur Sondernutzung des Deichverteidigungsweges in Wieck

*06/112 Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Vorhabensträger (STALU) des Sperrwerks-
B87-03/14 baus zu prüfen, eine Sondernutzung des Deichverteidigungsweges zu ermöglichen.*

Herr und Frau Dr. Fassbinder melden Befangenheit gemäß § 24 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern an und begeben sich in den Zuschauerraum.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Lange findet es fraglich, ob ein solcher Weg dazu geeignet sei, Busverkehr in der Form aufzunehmen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob dort der Busverkehr machbar sei und ob es sinnvoll sei, dies durchzuführen, wenn sich die Ortsteilvertretung bereits dagegen ausgesprochen habe.

Herr Dr. Meyer erklärt, dass in der Ortsteilvertretung Irritationen bestanden hätten und dass daraufhin der Antrag in einen Prüfauftrag umformuliert worden sei. Es ginge nur darum, dass die Gäste von den Fahrgastschiffen in die Stadt gebracht werden könnten.

Herr Dr. Kerath hinterfragt, wie sichergestellt werden solle, dass auf dieser Straße nur Busse fahren und niemand anders.

Herr Dr. Meyer antwortet, dass dieser Weg bereits gesperrt sei und es nur geprüft werden solle, ob die Verwaltung Kapazitäten habe für den Fall, dass ein Fahrgastschiff kommt, diesen Weg für den Bus freizugeben und wieder zu sperren.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen einige
----------	----------------------------	-------------------	------------------------

TOP 6.37. Grundsätze der zukünftigen Arbeit der AG KUS

06/111 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Grundsätze für die zukünftige Arbeit der AG „Kultur- und Sozialpass (KUS)“.

Aufgaben der AG sind:

- *Überarbeitung und Anpassung der KUS-Satzung*
- *Jährliche Überarbeitung der Angebote zu den Vergünstigungen*
- *Überwachung der Finanzen*
- *Beratung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend bei der Festlegung von Handlungsstrategien von Verwaltung und politischen Gremien für den Kultur- und Sozialpass (KUS).*

Die AG informiert im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend regelmäßig über ihre Arbeit. Sie kann dem Ausschuss Empfehlungen geben und Antragsvorschläge unterbreiten, hat aber keine Entscheidungsbefugnis.

Die AG legt die Sitzungstermine nach Bedarf fest und tagt öffentlich.

Die AG setzt sich inklusive der Behindertenbeauftragten aus maximal 8 Mitgliedern zusammen.

Jede Fraktion der Bürgerschaft sowie die Kleine Liga entsenden je einen Vertreter/ eine Vertreterin. Die Mitglieder der AG müssen keine Mitglieder der Bürgerschaft sein. Ein Sitzungsgeld nach § 17 Absatz 3 bis 5 der Hauptsatzung wird nicht gezahlt.

Die Fraktionen benennen folgende Mitglieder für die AG „KUS“:

<i>CDU</i>	<i>Dr. Sascha Ott</i>
<i>Die Linke</i>	<i>André Berndt</i>
<i>SPD</i>	<i>Ibrahim Al-Najjar</i>
<i>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>	<i>Dr. Ullrich Bittner</i> <i>(Stellvertreter: Cornelia Gebhardt,</i> <i>Klaus Leupold)</i>
<i>KfV/Piraten</i>	<i>Petra Dörwald</i>
<i>FDP/BL</i>	<i>Burghardt Siperko</i>

Für die Kleine Liga wird benannt:

n.n.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Frau Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein und bittet, dass die offenen Positionen besetzt werden.

Herr Dr. Meyer benennt Herrn Burghard Siperko.

Herr Hochschild benennt Herrn Dr. Sascha Ott.

Herr Prof. Hardtke benennt Frau Petra Dörwald.

Frau Dr. Fassbinder erklärt, dass die SPD-Fraktion bereits ihren Vertreter benannt habe: Herr Ibrahim Al-Najjar.

Die Kleine Liga und die Ortsteilvertretungen werden später besetzt.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen einige
----------	----------------------------	-------------------	------------------------

TOP 6.38. Grundsätze der zukünftigen Arbeit der AG "Barrierefreie Stadt"

06/110 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt folgende Grundsätze für die zukünftige Arbeit der AG „Barrierefreie Stadt“.

Aufgaben der AG sind:

- Analyse und Begleitung städtischer Vorhaben, die die „Barrierefreiheit“ betreffen
- Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat Vorpommern-Greifswald
- Mitarbeit an der BHP Vorpommern-Greifswald
- Beratung des Ausschusses bei der Festlegung von Handlungsstrategien von Verwaltung und politischen Gremien für die Umsetzung einer „barrierefreien“ Stadt.

Die AG informiert regelmäßig im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend über ihre Arbeit. Sie kann dem Ausschuss Empfehlungen geben und Antragsvorschläge unterbreiten, hat aber keine Entscheidungsbefugnis.

Die AG legt die Sitzungstermine nach Bedarf fest und tagt öffentlich.

Die AG „Barrierefreie Stadt“ setzt sich inklusive der Behindertenbeauftragten der Stadt aus maximal 22 Mitgliedern zusammen.

Jede Fraktion der Bürgerschaft entsendet einen Vertreter/eine Vertreterin.

Daneben haben die unten genannten Betroffenen- und Interessenverbände sowie die Ortsteilvertretungen die Möglichkeit, je eine/-n Vertreter/-in zu benennen.

Die Mitglieder der AG müssen keine Mitglieder der Bürgerschaft sein.

Ein Sitzungsgeld nach § 17 Absatz 3 bis 5 der Hauptsatzung wird nicht gezahlt.

Die Fraktionen benennen folgende Mitglieder für die AG „Barrierefreie Stadt“:

CDU	Dr. Sascha Ott
Die Linke	Rita Duschek
SPD	Robert Galluhn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kerstin Kallwellis-Gebhardt
KfV/Piraten	Jörg Neubert
FDP/BL	Dr. Berndt Frisch

Je ein weiteres Mitglied wird benannt von folgenden Interessenverbänden:

Behindertenforum	Christiane Baller
Seniorenbeirat	Rosemarie Mocher
BDH-Bundesverband für Rehabilitation	Ulrike Abel
Blinden- und Sehbehindertenverein	Jana Schattschneider
HKV-Hörkompetenzzentrum	Rainer Gralow
Dt. Ges. für Muskelkranke LV MV	Helmut Mädler
Stadtfrauenrat	n.n.

Die Ortsteilvertretungen können je ein Mitglied benennen:

OTV Innenstadt	n.n.
OTV Südstadt/SW I	Frank Ladwig
OTV SW II	Olaf Schmidt
OTV Ostseevierviertel	Jan Gloger
OTV Eldena	n.n.
OTV Wieck-Ladebow	n.n.
OTV Friedrichshagen	n.n.
OTV Riems	n.n.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Frau Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein und bittet um Benennung der Personen, die noch nicht benannt worden sind.

Herr Hochschild benennt Herrn Dr. Sascha Ott.

Herr Dr. Meyer benennt Herrn Dr. Berndt Frisch.

Herr Prof. Hardtke benennt Herrn Jörg Neubert.

Der Stadtfrauenrat sowie die Ortsteilvertretungen werden später besetzt.

Herr Prof. Joecks lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich		einige

TOP 6.39. Erweiterung Ratsinformationssystem

06/134 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, dafür Sorge zu tragen, dass

1. Antworten auf Kleine Anfragen oder sonstige schriftliche Fragestellungen stets die zugrundeliegenden Fragen vorangestellt werden und
2. die Kleinen Anfragen und deren Beantwortungen in den für Mandatsträger zugänglichen Teil des Ratsinformationssystems eingestellt werden.

Der 1. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Diskussion:

Herr Multhauf bedankt sich für die Initiative der CDU-Fraktion. Weiterhin beantragt er, dass der zweite Punkt wie folgt lautet:

2. die Kleinen Anfragen und deren Beantwortungen in das Ratsinformationssystem eingestellt werden.

Dies betreffe jedoch nur die öffentlichen Anfragen und daher möchte Herr Multhauf das Wort „grundsätzlich“ einfügen.

Herr Krüger erklärt, dass bereits im § 16 der Geschäftsordnung dies beschlossen worden sei. Er beantragt, dass die CDU-Fraktion den Antrag zurückziehe.

Damit wird die Beschlussvorlage von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Frau Socher übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 6.40. Vorbereitung einer Beschlussvorlage zur Einbringung der Kita-Immobilien in die WVG oder den Kita-Eigenbetrieb

06/140
B90-03-14 Die Bürgerschaft beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Einhaltung der Beratungsfolge in den Ausschüssen zur Sitzung der Bürgerschaft am 8. Dezember 2014 eine Beschlussvorlage zu erarbeiten und einzubringen, die alternativ zur Entscheidung stellt

- a) die Einbringung der bisher als Kindertagesstätten und Horte genutzten Immobilien als kapitalerhöhende Sacheinlage in die WVG mbH oder
- b) die Einbringung der bisher als Kindertagesstätten und Horte genutzten Immobilien in den neu zu gründenden Eigenbetrieb.

In dem Beschlussvorschlag sind für beide Alternativen darzulegen:

- die rechtlichen Bedingungen;
- die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Stadt;
- die wirtschaftlichen Auswirkungen für die WVG;
- die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den zu gründenden Eigenbetrieb;
- die Auswirkungen auf die von der Stadt und den Eltern zu übernehmenden Kostenbeiträge.

Es ist um eine Stellungnahme der Kreisverwaltung des Kreises Vorpommern-Greifswald zu bitten hinsichtlich der Kostentransparenz beider Alternativen und der Höhe der sonst üblichen Miet- bzw. Raumkosten von Kindertagesstätten und Horten in freier Trägerschaft. Diese Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.

Der Beschlussvorlage ist mit einer begründeten Entscheidungsempfehlung des Oberbürgermeisters zu versehen.

Sollten Schließungen und/oder Zusammenlegungen einzelner Kindertagesstätten oder Horte empfohlen werden, welche eine weitere Nutzung der jeweiligen Immobilie zum bisherigen Zweck nicht mehr erfordert, so ist auch dies zu begründen.

gez.

Prof. Dr. Frank Hardtke

für alle einbringenden Fraktionen

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Prof. Hardtke bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm erklärt, dass nicht erwähnt worden sei, dass alle Werte, was das städtische Modell betreffe, auch eine neue Bewertung seien. Diese Werte seien nicht geprüft worden. Nicht erwähnt sei ebenfalls, dass der Restbuchwert der Sonderposten, die auf die einzelnen Objekte zu beziehen seien, zum Ende dieses Jahres immer noch 1,6 Millionen Euro ausmachen. Die Diskussion zur Einbringung der Immobilien in die WVG mbH sei nur zustande gekommen, da es geheißen habe, dass die Eigenbetriebimmobilien personenlos seien. Kooperation mit der WVG mbH ginge aus Ausschreibungsgründen nicht. Dann hätte man als Notlösung die Einbringung der Immobilien in die Sachanlage der WVG mbH gefunden. Außerdem würden die Abschreibungen unterschiedlich erfolgen.

Herr Dr. Steffens macht auf das Anliegen aufmerksam, wie mit dem Defizit umgegangen werden solle. Weiterhin würden auch städtische Kindertagesstätten benötigt werden. Da die Betreuung auf einen Eigenbetrieb übertragen werden solle, sollte die Entscheidung folgen, dass die Grundstücke, auf denen die Kindertageseinrichtungen seien, auch dem Eigenbetrieb übertragen werden. Die Fristen seien schwer einhaltbar, wenn die Verwaltung jetzt neue Berechnungen anstellen solle. Er gibt zu bedenken, dass auch die WVG mbH damit Probleme und Zeitnot haben werde und das werde auch Auswirkungen auf die Mieter haben.

Herr Dr. Kerath hält die wirtschaftlichen Ausführungen für nicht nachvollziehbar. Er fragt, warum man erst nachfragen müsse, um das Gutachten zu erhalten.

Herr Dr. Fassbinder schließt sich Herrn Dr. Kerath an und fragt ebenfalls nach dem Gutachten und nach den Kostenblättern. Seit April sei bekannt, dass es einen Eigenbetrieb geben solle. Er hofft, dass die WVG mbH ihre Wirtschaftspläne überar-

beite, sodass es beschlossen werden könne. Aufgabe der Verwaltung sei es, eine kluge Lösung zu finden, sodass so viel Geld wie möglich in der Stadt bleibe.

Der Oberbürgermeister fragt, wo die Zahlen nicht stimmen. Weiterhin erklärt er, dass wenn Herr Dr. Kerath das Gutachten haben wolle, er es auch bekomme. Das Gutachten liege im Immobilienverwaltungsamt, in welchem man es einsehen könne. Elektronisch müsse es erst von der WVG mbH angefordert werden. Die Abschreibungszeiten der WVG mbH könne nur der Aufsichtsrat der WVG mbH beeinflussen. Weiterhin betont Herr Dr. König, dass es für die Verwaltung unüblich sei, dass sie die Beschlussvorlagen formuliere.

Herr Dembski erklärt, dass er schon lange darauf hingewiesen habe, dass es ein Problem mit den Abschreibungszeiträumen geben werde. Die Bürgerschaft habe gesagt, dass die WVG mbH das Gutachten machen und die Mieten berechnen solle. Diese seien berechnet worden, jedoch habe die Stadt darauf keinen Einfluss. Die Abschreibungen kämen aus der Eröffnungsbilanz, die von der Bürgerschaft beschlossen worden seien. Da könnten die Werte nicht falsch sein. Die Stadt habe die Empfehlung gegeben, die Grundstücke so in die Eigenbetriebe zu geben.

Frau Heinrich kritisiert die Aussage von Herrn Steffens, dass die Vorstellungen, die in der Beschlussvorlage stehen, dazu führen, dass die WVG mbH in Probleme gerate.

Herr Krüger weist auf das Ziel „Schaffung von bezahlbaren kommunale Kindertagesplätzen in einem vernünftigen Umfeld“ hin. Er nennt den § 38 KV M-V, in dem stehe, dass die Bürgerschaft einen politischen Willen formuliere und die Verwaltung gestalte ihn in Form einer Beschlussvorlage aus.

Herr Dr. Kasbohm erklärt zum Thema Zahlen, dass die 1,6 Millionen Euro in dem Modell der Immobilien Kindertagesstätte als jährliche Sonderpostenauflösung eingerechnet worden seien und im Modell der WVG mbH nicht. Zum Zugang der Verkehrswertgutachten erklärt er, dass er es mehrfach versucht habe, es zu bekommen.

Herr Dr. Kerath erklärt, dass nachdem der Bericht am 15.09.2014 von der Verwaltung herausgegeben worden sei, in einer Anfrage auch das Verkehrswertgutachten angefordert worden sei.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 9	Enthaltungen 3
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Frau Dr. Schwenke und Herr Kruse verlassen die Sitzung.
Herr Burmeister, Herr F.-R. Liskow und Herr Mundt verlassen die Sitzung.

TOP 6.41. Resolution zu TTIP, CETA und TiSA

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald appelliert an

- 06/142
B91-03/14
- - die Kommission der Europäischen Union
 - - das Parlament der Europäischen Union
 - - die Bundesregierung
 - - die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und das internationale Dienstleistungsabkommen "Trade in Services Agreement" (TISA) sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

2. Die Bürgerschaft fordert:

a. Die Verhandlungen sind mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen.

b. Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur darf nicht - auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden. Die Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien dürfen nicht verschlechtert werden.

c. Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung dürfen nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor allem über die kommunalen Spitzenverbände, aber auch bei der Landesregierung diese Forderungen und Appelle mit dem gebotenen Nachdruck vorzutragen.

Die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises werden gebeten, diese Forderungen und Appelle ebenfalls gegenüber EntscheidungsträgerInnen vorzutragen.

4. Die Bürgerschaft begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Städtetags vom 12. Februar 2014 zum TTIP und schließt sich diesem an. Er lehnt damit eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels ab, welche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. im Bereich der Bildung, der Kulturförderung, der Gesundheit, sozialen Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlichem Nahverkehr oder der Wasserversorgung beinhaltet.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Dr. Fassbinder bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Herr Dr. Kasbohm erklärt, dass es notwendig sei, dass die Kommune sich damit beschäftige.

Frau Socher fügt hinzu, dass der Investorenschutz eine große Rolle spiele.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 4	Enthaltungen 5
----------	----------------------------	-------------------	-------------------

Frau Heinrich verlässt die Sitzung.

TOP 6.42. EINFORDERUNG DES GESAMTGUTACHTENS ZUR NEUORDNUNG DER THEATER- UND ORCHESTERSTRUKTUR IN MV

06/147
B92-03/14

Der Oberbürgermeister wird gebeten, vom Kultusministerium in Schwerin das komplette Gutachten (die Daten-Grundlagen für die Power-Point-Präsentationen, u. a. in der Greifswalder Bürgerschaft) zur Neuordnung der Theater- und Orchesterstruktur einzufordern und dieses den Bürgerschaftsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Im Falle, dass nur Teile der Datenbasis zur Verfügung gestellt werden, bitten wir um nachprüfbare Begründung der Lücken.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

Diskussion:

Frau Berger sagt, dass sowohl der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur, als auch der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen Herrn Dembski beauftragte, das Gutachten beim Bildungsminister einzufordern. Sie fragt, ob das schon erledigt worden sei oder ob das noch ausstehe.

Herr Dembski erklärt, dass er den Staatssekretär angeschrieben habe und gesagt habe, dass er für Greifswald erkläre, dass man damit kein Problem habe. Der Staatssekretär meinte, dass das Gutachten nur ein vorläufiges sei und es noch mit dem Intendanten abgestimmt werden solle. Er weiß nicht, ob es dann ein verändertes Gutachten geben werde, aber Anfang November sei ein Treffen des Projektsteuerungsausschusses geplant und danach könne es sein, dass eine abgestimmte Version vorgestellt werde. Aber, ob es was anderes als PowerPoint geben werde, könne er nicht sagen.

Herr Dr. Rose sagt, dass es mehr gebe, als das, was ihnen zur Verfügung gestellt worden sei.

Frau Berger legt dar, dass sie eine Anfrage mit der Bitte um Aushändigung des gesamten Gutachtens an das Bildungsministerium gestellt habe. Herr Brodkorb hätte geantwortet, dass das komplette Gutachten bereits zur Verfügung gestellt worden sei, das ausführliche Gutachten hieße jedoch Abschlussbericht. Sie beantragt, im Beschlussvorschlag „das komplette Gutachten“ durch „den kompletten Abschlussbericht“ zu ersetzen.

Herr Dr. Bittner spricht sich dafür aus, in den Beschlussvorschlag „Gutachten und Abschlussbericht“ einzufügen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, vom Kultusministerium in Schwerin das komplette Gutachten und den Abschlussbericht (die Daten-Grundlagen für die Power-Point-Präsentationen, u. a. in der Greifswalder Bürgerschaft) zur Neuordnung der Theater- und Orchesterstruktur einzufordern und dieses den Bürgerschaftsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Im Falle, dass nur Teile der Datenbasis zur Verfügung gestellt werden, bitten wir um nachprüfbare Begründung der Lücken.

Ergebnis	Ja-Stimmen einstimmig	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
----------	--------------------------	-------------------	-------------------

TOP 6.43. Bildungsproteste am 03.November 2014 in Greifswald

06/149 Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
B93-03/14

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald solidarisiert sich mit den von Greifswalder Studierenden organisierten Bildungsprotesten am 03.November 2014 in

Greifswald.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bekräftigt die Bedeutung einer ausfinanzierten Universität für die gesamte Stadt Greifswald und bittet den Oberbürgermeister sich für das Anliegen der Ausfinanzierung der Universität gegenüber Land und Bund einzusetzen.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr von Malotki bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	7	2

Herr Hochschild und Herr Prof. Dr. Treig verlassen die Sitzung.

TOP 6.44. Programmanmeldung 2015 für das städtebaulich bedeutsame Einzelvorhaben Johann-Sebastian-Bach-Straße 27

*06/161
B94-03/14 Die Bürgerschaft beschließt die Beantragung von Städtebaufördermitteln für das städtebaulich bedeutsame Einzelvorhaben Johann-Sebastian-Bach-Straße 27 in Höhe von 500.000,00 Euro für das Programmjahr 2015 und die Bereitstellung von entsprechenden Komplementäranteilen in Höhe von 166.667,00 Euro in den Haushaltsjahren 2015/2016.*

Herr von Malotki und Herr Rodatos melden Befangenheit gemäß § 24 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern an und begeben sich in den Zuschauerraum.

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

TOP 6.45. Einrichtung eines Willkommenszentrums für Flüchtlinge

*06/176
B95-03/14 Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die UHGW ein Willkommenszentrum für Flüchtlinge einrichtet.*

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft die Beschlussvorlage auf.

Herr Dr. Rose bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Ergebnis	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	5	3

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- Beschlüsse des Hauptausschusses (dem Protokoll beigefügt)

- Wichtige Ereignisse (dem Protokoll beigelegt)
- 28.10.2014, 17:00 Uhr: Enthüllung des Gedenkstein von Ekkehard Rütz am neuen Standort
- Es sei ein Beschluss gefasst worden: Verwaltung 2020: Informationen über Anpassungsprozesse in der Verwaltung. Dazu sollte im Oktober berichtet werden. Frau Demuth habe eine Präsentation vorbereitet, welche den Mitgliedern der Bürgerschaft am 28.10.2014 per E-Mail übersandt werden solle und darüber hinaus werde es als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Diskussion:

Herr Dr. Fassbinder hat gehofft, dass es zu diesem Thema einen Tagesordnungspunkt geben werde und es nicht nur im Bericht des Oberbürgermeisters abgehandelt werde.

Herr Multhau fragt nach den Ergebnissen der USA-Reise.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass man dabei sei, sich von den Reisenden ein Resümee der Reise zukommen zu lassen und wenn dies erfolgt sei, werde es den Mitgliedern der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt.

Herr Dembski geht auf die Verhandlung mit dem Kreis zu den Kindertagesstättengebühren ein. Jedes Jahr gebe es neue Landeszuschüsse und diese Höhe stelle sich immer ziemlich spät raus. Dies könne jedoch sehr relevant für die Gebührenehöhe sein. Demnach könne es sein, dass es eine Sondersitzung für den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend geben werde. Außerdem gebe es zum 01.01.2015 eine Umstellung der Verträge zu den Essen. Bisher seien Verträge in den Kindertagesstätten direkt zwischen den Eltern und dem Anbieter der Essen geschlossen worden. Ab nächstem Jahr werde es in die Elternbeiträge mit eingerechnet.

Herr Dr. Meyer verlässt die Sitzung.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr von Malottki erklärt, dass sich mehrere Bürger über nächtlicher Lärm an der Bahnstrecke beklagt hätten, beispielsweise in der Fallada-Straße. Demnach fragt er, ob dort vermehrt Züge fahren würden, ob bereits Beschwerden bei der Verwaltung eingegangen seien und ob die Verwaltung Probleme sehe, was den Lärm angehe.

Herr Hochheim sagt, dass ihm noch keine Beschwerden bekannt seien. Er schätzt, dass dort etwa 40 Züge langgefahren seien.

Herr von Malottki bittet, um eine schriftliche Antwort.

TOP 9. Mitteilungen des Präsidenten

Frau Socher erläutert, dass der INP-Besuch und die Abschlusskonferenz zur Zukunftswerkstatt Greif sehr zeitnah beieinander lägen. Aufgrund von anderen Veranstaltungen kann Herr Weltmann erst ab 18:00 Uhr den INP-Besuch durchführen. Frau Socher bittet den Oberbürgermeister zu prüfen, die Abschlusskonferenz auf 19:30 Uhr zu verschieben, damit es möglich sei, beide Termine wahrzunehmen.

In der nächsten Sitzung der Bürgerschaft (08.12.2014) muss die Hauptsatzung geändert werden. Bevor der Haushalt beschlossen werde, müsse sich darüber geei-

nigt werden, wie die Entschädigungsverordnung umgesetzt werden solle. Frau Socher bittet um aktive Mitarbeit der Fraktionsvorsitzenden.
Weiterhin erinnert sie an die Gedenkveranstaltung am 09.11.2014 im Dom zum 25. Jahrestag des Mauerfalls.
Im erweiterten Präsidium sei der Sitzungskalender abgestimmt worden.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Frau Socher beendet die Sitzung um 23:16 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine und Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- PowerPointPräsentation zur Aktuellen Stunde von Frau Kindt und Frau Baller
- Redebeitrag der Initiative „Brinke 16/17 erhalten“
- PowerPointPräsentation zur Haushaltssatzung 1. Lesung